



## **AStA-Koalition stellt eigene Mitglieder über betroffene Studierende**

ADF kritisiert Haushaltsplan der Studierendenschaft

**Arbeitsgemeinschaft  
Demokratischer  
Fachschaftsmitglieder**

**Göttingen, 05.06.2020**

Die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Fachschaftsmitglieder (ADF) an der Georg-August-Universität Göttingen kritisiert den Haushaltsplan der Studierendenschaft für das Geschäftsjahr 2020/21, der mit der Mehrheit der AStA-tragenden Koalition aus der Juso-HSG, der Grünen Hochschulgruppen (GHG), der Alternativen Linken Liste (ALL), der Nerdcampus HSG, der Liste sowie Schwarz-Rot Kollaps (SRK) in der Sitzung des Studierendenparlamentes (StuPa) vom 03.06.2020 verabschiedet wurde und der noch abschließend vom Präsidium der Universität bestätigt werden muss. In den Mittelpunkt des Haushaltsplan stellt die AStA-tragende Koalition nicht die Studierenden der Universität, sondern die eigenen Mitglieder, wie die Personalkosten in Höhe von etwa 165.000 Euro (Zuwachs von 60,0% zum Vorjahr) für Referent\*innen und Sachbearbeiter\*innen eindrücklich zeigen. Dafür setzt die linke Koalition in Zeiten von Corona den Rotstift ausgerechnet bei den Budgets für Soziales an.

Platz der Göttinger Sieben 3,  
c/o FSR WiWi  
37073 Göttingen  
Tel: 0551 / 39-7351  
Mail: [adf@uni-goettingen.de](mailto:adf@uni-goettingen.de)

**Vorstand:**

Alina Angermann (Vorsitz)  
Viktoria Funk (Stellv. Vorsitz)  
Alexander Ohm (Finanzen)

Aufgrund der COVID-19-Pandemie und den daraus entstehenden Einschränkungen für den Universitätsbetrieb musste sich die Verabschiedung des Haushaltsplanes bis in den Juni hinein verzögern. „Auch wenn uns die Vorlage des AStAs inhaltlich nicht

---

überzeugt und wir die politische Agenda dahinter nicht unterstützen, gibt es nun endlich einen Haushalt, mit dem die Fachschaften und die weiteren dezentralen Organe der Studierendenschaft ihre Projekte für unsere Kommiliton\*innen starten können“, sucht John Brüne, Fraktionssprecher der ADF im StuPa, das Positive am beschlossenen Haushaltsplan. Gerade vom Engagement der Fachschaften und anderer dezentraler Organe wie der Vertretung für Studierende mit Beeinträchtigungen (VfSB) profitieren die Studierenden aus Sicht der ADF direkt, denn diese Studierendenvertreter\*innen erleben die Situation der Studierenden unmittelbar. „Umso schockierender ist es, dass der AStA der VfSB die Mittel einfach auf ein Viertel kürzt, denn Studierende mit Beeinträchtigungen sind durch die Corona-Pandemie besonders betroffen“, findet John Brüne weiter.

Bei der Beratung des Haushaltsplanes forderte die ADF daher unter anderem, dass das Budget der VfSB wieder auf das Vorjahres-Niveau angehoben werde und der AStA dem wichtigen Gremium bei der Konstituierung helfe. Zusätzlich beantragte die ADF die Erhöhung der Haushaltsposten für die Semesterticket-Rückerstattungen (LeMSHO) und die Durchführung von Musterklagen. Das Wegbrechen des Jobs oder studien- und prüfungsrechtliche Unsicherheiten schaffen zusätzliche Belastungen der Studierenden. „Wir sind davon überzeugt, dass wegen der besonderen Umstände im digitalen Semester unsere Kommiliton\*innen mehr Unterstützung benötigen. Darum sollten unter anderem die Budgets für die soziale Unterstützung unserer Kommiliton\*innen angehoben werden“, erläutert Leah Olbricht, Expertin für Soziales in der ADF. Auf Druck der ADF-Fraktion hin konnte sich die Koalition im StuPa immerhin dazu durchringen, für das Sommersemester das LeMHSO-Budget so zu erhöhen, dass 50 weiteren Studierenden die Semesterticket-Beiträge zurückerstattet werden. Eine entsprechende Anhebung für das Wintersemester und die Erhöhung des Haushaltspostens für Musterklagen lehnte die Koalition allerdings ab – wohl, weil anders die Finanzierung der immensen Personalkosten nicht sichergestellt werden kann.

Laut beschlossenen Haushaltsplan sollen die Rücklagen der Studierendenschaft in Höhe von 108.000 Euro auf magere 13.000 Euro reduziert werden. Dabei werden weder langfristige Investitionen in die Zukunft getätigt noch Studierende besonders unterstützt, die aufgrund der COVID-19-Pandemie und der Umstellung auf ein digitales Semester betroffen sind. Stattdessen

werden die Mitglieder der eigenen Hochschulgruppen für einmalige Projekte und Veranstaltungen bezahlt. Damit verspielt die Koalition bereitwillig fast jegliche finanzielle Flexibilität der Studierendenschaft, auf unerwartete Einnahmeausfälle oder Mehrausgaben reagieren zu können, ohne dabei den ursprünglichen Zwecken der gebildeten Rücklagen zu entsprechen.

Die ADF kritisiert das kurzfristige Vorgehen der AStA-Koalition und lehnt den Haushaltsplan ab, der den besonderen Umständen des digitalen Semesters nicht gerecht wird.

---

***Rene Rahrt***

***Pressesprecher***